

Pulsnitzer Tageblatt

Druckerei 18. Tel.-Adr.: Lagerplatz Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Sant-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— Erscheint an jedem Werktag —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder so stiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Besizer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzügen in RM: Die 42 mm breite Zeilenbreite (Poste 3 Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preismäßig in Anrechnung
bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretitz, Hauswalde, Dorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friebersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 66

Sonnabend, den 19. März 1927

79. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Mittwoch, den 23. März 1927
vormittags 1/9 Uhr

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

Die Tagesordnung hängt im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft aus.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 18. März 1927.

Öffentliche Schulausschuss-Sitzung

Mittwoch, den 23. März 1927, nachmittags 5 Uhr im kleinen Sitzungszimmer des Rathauses.
Tagesordnung hängt von Montag, den 21. März 1927 ab im Rathausflur und in der Schule aus.
Der Vorsitzende:
Pulsnitz, den 18. März 1927.
Bürgermeister Rannegießer.

Das Wichtigste

Die Verhandlungen zur Bildung einer Großen Koalition in Thüringen vom Landbund bis zu der Sozialdemokratischen Partei müssen nach dem neuesten Stand zur Bildung der Regierung als gescheitert betrachtet werden. Der Präsident des Landtages hat den Verleserstat auf Dienstag einberufen, um zur Lage Stellung zu nehmen.
Wie die Berliner Morgenblätter melden, sind in Berlin 17 Personen, darunter mehrere Männer, die sich in angesehenen Stellungen befinden, wegen betrügerischer Geschäfte verhaftet worden. Den Verhaftungen sind in allen Fällen Später des Mittels des zum Opfer gefallen.
Der Reichsjustizminister nahm im Rechtsausschuss zur Aufwertungsfrage Stellung.
Man rechnet in politischen Kreisen mit der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in 10 bis 14 Tagen.
Die Richtlinien für den künftigen deutsch-französischen Handelsvertrag sind in Paris unterzeichnet worden.
Nach den amtlichen Angaben hat die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich in der letzten Woche um 1500 Personen abgenommen. Eine gewisse Besserung in verschiedenen Industriezweigen macht sich auch wieder bemerkbar, so insbesondere in der Seidenindustrie.
Der neue Ausbruch des Vesuvius bedeutet keine Gefahr für die Bevölkerung.
Nach einer Berliner Morgenblättermeldung aus Rom veröffentlicht „Agenzia Stefani“ eine Erklärung, in der die Nachrichten auslän- discher Blätter über angebliche kriegerische Vorbereitungen Italiens im Zusammenhang mit der besonderen Lage auf den Balkan-Halbinseln jeder Grundlage entbehrend bezeichnet werden.
Bei Follstone (England) ist gestern ein Militärschiff ge- ronnen ab- gesenkt. Die beiden Insassen, zwei Fliegeroffiziere, konnten nur als verlorene Geiseln g. borgen werden.
Ein Tornada richtete in Benton (Arkansas) schweren Schaden an. Auch Menschenleben sind zu beklagen.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Volkshilfsverein.) Den Be- suchern der Volkshilfsveranstaltung am nächsten Montag wird empfohlen, vorher die Schillerischen Gedichte „Das Ideal und das Leben“ und „Die Künstler“ zu lesen. — Anlässlich des 100. Todestages Beethovens wird nächsten Donnerstag Herr Dr. Eichner im Rahmen der Volkshilfsveranstaltungen über „Beethoven als Künstler und als Mensch“ sprechen.
Pulsnitz. (Pulsnitzer Bank e. G. m. b. H.) Wir bedauern, einen Bericht über die gestrige Generalversammlung der Pulsnitzer Bank nicht bringen zu können, da einem Vertreter unserer Zeitung die Teilnahme nicht gestattet wurde. — (Anleihealtbesitzer.) Die Anleihealtbesitz- stelle beim Finanzamt Ramenz schreibt uns: Die Frist für die Anmeldung von Reichsanleihen alten Besitzes auf Ge- währung von Barabfindung läuft am 31. März 1927 ab. Eine Fristverlängerung findet nicht statt. Es liegt im In- teresse aller Altbesitzer, denen Altbesitzanleihen im Gesamt- nennwert von weniger als 1000 M gehören und die im Sinne des § 19 des Anleiheablösungsgesetzes bedürftig oder minderbemittelt sind, ihre Anträge bei der Anleihealtbesitzstelle einzureichen. Barabfindung kann auch gefordert werden: 1. für Bescheinigungen, die der Reichskommissar oder die Anleihealtbesitzstelle bei der Entscheidung über einen Antrag auf Auslosungsrechte für den Fall der Geltendmachung einer Barabfindung für einen Spitzenbetrag ausgestellt haben, 2. für erhaltene Anleiheablösungsschuld und Auslosungsrechte von 12,50 RM, die der Anleihegläubiger als Inhaberschuld- verscheinigung oder Buchschuld des Reiches im Verfahren auf Auslosungsrechte erhalten hat, falls er insgesamt weniger als 1000 M Anleihealtbesitz hatte.
— (Regimentsgeschichte des Infanterie- Regiments 182.) Soeben erschien der zweite Band (Mit- front) des Werkes „Das Rgl. Sächs. Inf.-Reg. Nr. 182“ aus der Feder von Oberleutnant a. D. A. Pache, im Felde Kompanieführer 8/182. In fesselnder Weise schildert der Verfasser auf Grund der genauen amtlichen Unterlagen die wechselvollen Kriegsgeschichte des Regiments, das auf fast allen Schauplätzen des Weltkrieges seine Vorbeeren erntete.

Aufwertungsdebatte im Rechtsausschuss

Eine Erklärung des Reichsjustizministers

Sachen fordert 900 Millionen Mark vom Reiche — Ranking gefallen?

Der Rechtsausschuss des Reichstages be- schäftigte sich mit den Anträgen und Gesetzentwürfen zur Änderung der Aufwertungsge- setzgebung. Von der Reichs- regierung liegt dazu ein Gesetzentwurf über die Verzin- sung aufgewerteter Hypotheken und ihre Umwandlung in Grund- schulden vor. Der Entwurf hält an den Grundzügen der Aufwertungsge- setzgebung fest, enthält aber Bestimmungen, die bestehende Härten bei der Verzin- sung von Hypo- theken mildern, die mißbräuchliche Ausnutzung der Ge- setzesvorschriften verhindern und dem Gläubiger die Befugnis erteilen wollen, die Umwandlung der Hypothek in eine Grundschuld zu beantragen.
Abg. Dr. Best, der der inzwischen aufgelösten völkischen Fraktion angehörte, begründete als erster Redner den von ihm eingebrachten Gesetzentwurf über die Umwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen. Nach dem

Entwurf Dr. Best

soll bei Ansprüchen, die vor dem 1. Januar 1919 durch die Veräußerung eines Grundstückes entstanden sind, die Um- wertung durch das Verhältnis bestimmt werden, in dem nach der Ab- sicht der Beteiligten der Erwerbpreis zum Wert des Grundstückes stehen sollte. Bei Industrieobligationen, Pfand- briefen, Rentenbriefen, Kommunalobligationen und anderen Schuldverschreibungen soll an die Stelle des Tages der Aufwertung treten. Der Entwurf ver- langt auf dieser Grundlage die Umwertung aller Ansprüche, die auf vor dem 1. Februar 1924 begründeten Rechts- verhältnissen beruhen und eine Geldsumme zum Gegenstand haben, die durch die Inflation entwertet worden ist.

Eine Erklärung des Reichsjustizministers.

Nachdem anschließend der Abg. Dr. Best seinen Ent- wurf begründet hatte, erklärte Reichsjustizminister Hergt, die Reichsregierung wolle auf dem Gebiete der Kleinrentnerfürsorge 25 Millionen zur Ver- stärkung der Bezüge zur Verfügung stellen. Der Rückgriff auf das sonstige Vermögen des Kleinrentners solle verhindert und ferner nach Möglichkeit bedürftigen Inhabern von auf- gewerteten Hypotheken durch Ankauf ihrer Forde- rungen sofort Geld verschafft werden. Der Reichsfinanzminister beabsichtige, den Antrag Emminger (beir. Barabfindung der Auslosungsrechte von Personen über 65 Jahren, die nicht mehr als 3000 Mm. Einkommen haben) durchzuführen und daneben in möglichst weitem Umfange bei Bedürftigkeit Vorzugsrenten zu ge- währen.

Anschließend wies der Minister den Vorwurf zurück, als habe die Reichsregierung auf den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons einen Druck ausgeübt. Genau so wie vor ein- einhalb Jahren müsse auch jetzt daran festgehalten werden, daß das vom Reichstag nach schweren Kämpfen geschaffene

Aufwertungsge- setz ein Werk von Dauer

bleibe. Die im nächsten Jahre in Kraft tretende Er- höhung des Zinsfußes von 5 Prozent der Auf- wertungshypotheken werde die Lage der Gläubiger weiter verbessern. Der Minister wies weiter auf die Entwer- tung der Privatforderungen im Auslande hin. Das Aufwertungsge- setz habe den Verwaltungsbehör- den, Hypothekenbanken, Versicherungsanstalten usw. eine Riesearbeit aufgebürdet, die nicht mühelos vertan werden dürfe. Nach der Mitteilung der Länder seien 81 Prozent der Aufwertungs- und 66 Prozent der Grundbuchsachen erledigt worden.

Wolken im Osten.

Russische Alarmnachrichten über Polens Einfall in Litauen.
Berlin. Aus Moskau liegen Nachrichten vor, die vielleicht den ersten Anstoß zu ernstlichen Verwicklungen geben können, die in allen diplomatischen Kreisen Europas im Osten befürchtet werden.

Nach den russischen Nachrichten soll die polnische Re- gierung die Absicht haben, in Litauen mit Streitkräften, die angeblich schon an der Grenze gesammelt werden, einzumars- chieren und Kowno zu besetzen, und zwar soll angeblich dieser Einmarsch für die allernächsten Tage schon beabsichtigt sein.

Derartige Nachrichten aus Moskau brauchen nicht un- bedingt in allen Einzelheiten zuzutreffen, es hat sich in der letzten Zeit öfters ereignet, daß die russische Regierung auch in amtlicher Form Nachrichten über die diplomatischen Ver- wicklungen zwischen den Randstaaten und Polen ausgegeben hat, die sich nachträglich als Propagandamaßnahmen heraus- gestellt haben. Bezeichnend ist aber, daß man auch an Ber- liner unterrichteten Stellen diese Moskauer Nachrichten nicht grundsätzlich als falsch zurückweist, sich vielmehr über den augenblicklichen Stand der diplomatischen Verhandlungen zwischen Polen und Litauen nicht ganz im Klaren ist.

In Genf, wo derartige Gerüchte auch schon verbreitet waren, hat Chamberlain auf eine bestimmte Frage in einer Pressebesprechung erklärt, daß England zwischen Polen und Litauen zu vermitteln versuche, und zwar im Sinne der angeblich von England im Osten betriebenen Verständigungspolitik. Diese Behauptung steht in einem gewissen Zusammenhang mit den Moskauer Nachrichten, wonach angeblich England Polen eine Duldung bei einem Einmarsch in Litauen zugesagt haben soll.

Dank des Volksbundes an Stresemann.

Die „Polonia“ meldet aus Warschau: Der Brief des Oberschlesischen Volksbundes, der dem deut- schen Außenminister Dr. Stresemann für seine Stellung- nahme in der Angelegenheit der oberschlesischen Minderheiten Dank sagte, hat in den Kreisen der Re- gierung große Empörung hervorgerufen. Hier hebt man hervor, daß die Sache ohne große Bedeutung wäre, wenn der Brief an den Präsidenten der Völkerbundtagung gerichtet worden wäre.

Der Dank des Volksbundes ist aber an Stresemann als Minister eines fremden Reiches gerichtet. Wir haben es also mit einer ausgesprochenen Handlung gegen das Reich zu tun, die vom Standpunkt des Prestiges des polnischen Reiches unzulässig ist.

Die Auslieferung des Vorsitzenden des Deutschen Volks- bundes, des Abgeordneten, Ullrich, an den Staatsanwalt ist unwahrscheinlich. Der die Auslieferung gutheißende Beschluß der Sejmkommission ist dadurch zustande gekommen, daß auch der Vertreter der polnischen Sozialistischen Partei für die Auslieferung stimmte. Der größte Teil dieser Partei dürfte aber, wie bereits einmal, aus grundsätzlichen Erwä- gungen heraus gegen die Auslieferung stimmen, die damit abgelehnt werden dürfte.

Der belgische Außenminister zur Frage der Rheinland- räumung.

Brüssel. Im belgischen Senat richtete bei der Aus- sprache über den Etat des Auswärtigen Amtes die Oppo- sition, besonders der liberale Senator Digneff, heftige An- griffe gegen Deutschland. Digneff erklärte, daß die Politik von Locarno Belgien in eine Situation führe, die verzwickter sei als die vor dem Kriege.

Außenminister Vandervelde wies die Angriffe des Senats zurück.

Zur Frage der Rheinlandräumung erklärte der Außenminister, daß diese Frage in Kürze von den Alliierten behandelt werden würde. Deutschland garantiere durch den Locarnovertrag das Gleichgewicht Europas und habe daher das Recht, die Frage der Rheinlandräumung aufzuwerfen. Deutschland habe den Locarnovertrag nicht mit der Absicht unterzeichnet, die Forderung auf frühere Rheinlandräumung nicht zu stellen.

Der Minister betonte sodann, daß die belgische Politik gegenüber Deutschland eine Politik der Entspan- nung, aber zugleich der Wachsamkeit und Klugheit sein müsse.

